



Interviews

Datum: 16. Mai 2023

Sarah Wagenknecht im Gespräch mit Moritz Küppers

Moritz Küpper: Es waren eindrucksvolle Bilder, auch mehr als vertraute Töne zwischen dem Bundeskanzler Olaf Scholz und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der zusammen mit seinem Volk und in Aachen mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet wurde. Es wirkt so, als seien die Irritationen aus der Vergangenheit damit ausgeräumt. Dazu passt auch die Ankündigung eines neuen Waffenpakets, Waffenlieferungen in Größenordnung von 2,7 Milliarden Euro, wodurch Deutschland das zweitgrößte Unterstützerland der Ukraine wird.

Kritisch gesehen hat Waffenlieferungen, aber auch die Karlspreis-Auszeichnung Sarah Wagenknecht. Für die Partei Die Linke sitzt sie im Deutschen Bundestag. Sie ist nun am Telefon. – Guten Morgen!

Sahra Wagenknecht: Guten Morgen!

Küpper: Frau Wagenknecht, wie glücklich sind Sie darüber, dass das deutsch-ukrainische Verhältnis nun wieder gekittet ist?

Wagenknecht: Ich würde mich sehr freuen, wenn es auf der Grundlage gekittet würde, dass auch die Ukraine jetzt bereit wäre zu Friedensgesprächen, auch eine gewisse Kompromissbereitschaft zeigen würde. Natürlich ist die Ukraine das überfallene Land, das darf man nie vergessen, aber das enthebt die Regierung nicht der Verpflichtung, ihrerseits alles dafür zu tun, dass wieder Frieden einzieht und dass dieser Krieg nicht ewig weitergeht.

Küpper: Mit wem sollte die Ukraine denn reden?

Wagenknecht: Letztlich geht es natürlich um Friedensgespräche mit Russland und es gibt viele Länder, die sich da um Vermittlung bemühen. China hat sich bemüht, der brasilianische Präsident Lula, der Papst, bei dem Selenskyj auch gerade gewesen ist, und er hat dort relativ brüsk jeden Vermittlungsversuch auch des Vatikans zurückgewiesen.

Ich glaube, dass man diesen Krieg nicht mit Maximalforderungen und auch nicht mit immer mehr Waffen beenden kann, sondern es muss jetzt Versuche geben – und wie gesagt, viele setzen sich dafür ein. Nur leider die ukrainische Regierung hat das bisher immer blockiert, dass jetzt ...

Küpper: Woran machen Sie das denn fest, dass sie das blockieren? Sie kämpfen – das hat Selenskyj am Wochenende in Berlin ja auch noch mal klargestellt – um ihr Land. Die Kämpfe finden alle in der Ukraine statt. Selenskyj hat auch sinngemäß gesagt, dass er nicht Russland angreifen will, sondern sein Land verteidigen möchte.

Wagenknecht: Ja, Selenskyj hat ein Dekret erlassen, das Gespräche mit Russland verbietet, solange überhaupt noch ein russischer Soldat auf ukrainischem Territorium ist.

Küpper: Ist das nicht nachvollziehbar?

Wagenknecht: Die Frage ist nicht, ob es nachvollziehbar ist, sondern ob man auf diesem Weg den Krieg beendet.

Küpper: Russland respektiert die Grenzen scheinbar nicht.

Wagenknecht: Wir sehen doch jetzt seit Monaten, dass an der Front faktisch ein Patt existiert. Die Russen kommen nicht weiter, das ist auch gut so, aber auch die Ukraine, auch die jetzt vielgefeierte Frühjahrsoffensive.

Kein seriöser Militär geht davon aus, dass die Ukrainer damit ihr Territorium befreien können. Es wird vielleicht ein paar Quadratkilometer Bewegung geben; dafür werden noch einmal tausende Menschen sterben. Ich finde diese Fixierung auf Waffenlieferungen, auf eine Kampfjet-Koalition, die Selenskyj jetzt fordert - und Deutschland hat sich ja jetzt hier auch massiv engagiert; wir haben noch mal Waffenpakete von elf Milliarden in der Summe bereitgestellt, andere Länder sind da viel zurückhaltender -, ich halte das für den falschen Weg. Es wird keinen Siegfrieden geben, weil das nicht realistisch ist gegen eine Atommacht, und deswegen muss man jetzt versuchen, Gespräche zu führen, und ich würde mir sehr wünschen, dass die ukrainische Führung das nicht länger blockiert.

Küpper: Die Summe, elf Milliarden, die Sie gerade in den Raum stellen, die klingt etwas zu hoch. 2,7 Milliarden ist das Paket jetzt am Wochenende.

Wagenknecht: Ja, das ist aber nur das Zusatzpaket. Das ist nur das Zusätzliche.

Küpper: Ich will jetzt auch nicht über einzelne Zahlen mit Ihnen diskutieren. Ich will nur aufnehmen, was Sie geschrieben haben im Vorfeld oder danach. Sie schreiben, Scholz stellt Selenskyj einen Blankoscheck für jahrelange militärische Unterstützung aus. Woran machen Sie das denn fest?

Wagenknecht: Olaf Scholz hat ganz klar gesagt, sie werden die Ukraine so lange unterstützen, bis die Ukraine ihre Ziele erreicht. Die Ukraine hat das Ziel, auch die Krim zu befreien. Das mag man moralisch gerechtfertigt finden, aber so beendet man diesen Krieg nicht. Realistisch ist es so, dass die Russen sehr wahrscheinlich spätestens bei der Krim zu ihrem letzten militärischen Mittel greifen würden. Das schätzen die meisten Militärs so ein. Also kann es doch nicht der Weg sein, immer mehr Waffen zu liefern, um tatsächlich zu versuchen, diesen Krieg militärisch zu entscheiden. Es

wird keine Entscheidung geben, es wird irgendwann Verhandlungen geben. Das weiß auch jeder. Aber die Frage ist, worauf warten wir. Wie viele Menschen sollen noch sterben für fünf Quadratmeter Land? Wie viele Menschen sind schon zum Beispiel in Bachmut gestorben? Das ist ja der blanke Wahnsinn!

Küpper: Putin könnte das jederzeit beenden.

Wagenknecht: Ja, aber ich meine, das ist doch nicht die Frage, ob wir uns wünschen, dass Putin das beendet. Die Frage ist doch, was ist realistisch, und beispielsweise weiß man, einer der Hauptkriegsgründe ist das Zündeln mit der NATO-Mitgliedschaft gewesen. Die Russen haben immer signalisiert, dass sie nicht hinnehmen werden, dass die Ukraine ein militärischer Vorposten der Vereinigten Staaten wird.

Jetzt fordert Selenskyj noch mal ganz massiv eine schnelle NATO-Mitgliedschaft und auch im Vorfeld hat ja schon eine starke Integration in die NATO stattgefunden. Es waren NATO-Soldaten schon stationiert in der Ukraine, es gab gemeinsame Manöver. Es wurde immer mehr in dieser Frage durchaus provoziert und das gehört ja zur Vorgeschichte des Krieges. Also wäre doch ein sinnvoller Kompromiss, jetzt relativ schnell diese Frage auszuräumen. Die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien, das ist überhaupt nicht strittig, aber eine NATO-Mitgliedschaft, die womöglich dazu führt, dass es Militärbasen, auch Raketenbasen in der Ukraine gibt, das ist der Hauptgrund, warum dieser Krieg tatsächlich ausgebrochen ist, und das muss man ausräumen.

Küpper: Aber, Frau Wagenknecht, damit stellen Sie ja die Souveränität der Ukraine und auch am Ende die Freiheit der Ukraine in Frage.

Wagenknecht: Freiheit und Sicherheit sind immer gemeinsame Sicherheit und dass ein Land sich dagegen wehrt, dass Raketenbasen in seiner unmittelbaren Nähe sind, ...

Küpper: Gibt das den Russen das Recht anzugreifen, was sie ja tun?

Wagenknecht: Wissen Sie, wir können uns die Welt wünschen, wie sie irgendwie sein sollte.

Küpper: Es geht ja nicht um Wünschen; es geht da wirklich um Kämpfe!

Wagenknecht: Nein, es geht ja um Realismus. Wenn in Mexiko oder Kuba China oder Russland ein Militärbündnis anzetteln würden und beginnen würden, dort Raketenbasen oder überhaupt nur Militärstützpunkte einzurichten, würden die USA militärisch eingreifen. Das weiß jeder. Das haben sie damals bei der Kuba-Krise in den 60er-Jahren gemacht und das würden sie heute ganz genauso machen. Wenn Russland das gleiche tut, natürlich rechtfertigt das diesen Krieg nicht. Es ist ein verbrecherischer Krieg. Aber die Frage ist, ob man Kriege nicht dadurch verhindert, dass man Kriegsgründe ausräumt. Oder wenn man den Krieg, wenn er nun mal schon tobt – und er tobt seit über einem Jahr und es sind so viele Menschen gestorben, jeden Tag junge Soldaten, Zivilisten -, ob man nicht jetzt endlich alles dafür tut, dass es einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss gibt, damit das Sterben endet.

Küpper: Der Krieg tobt, weil Russland angegriffen hat, und Sie sagen auch, man sollte dann auch über die Krim reden. Das heißt, Sie stellen auch die Grenzen von 1991, die Grenzen der Ukraine in Frage?

Wagenknecht: Wissen Sie, die Schwarzmeerflotte auf der Krim, die ist da nicht seit 2014. Die ist da seit 200 Jahren. Und jeder weiß, dass das für die Russen ein ganz existenzielles strategisches Ziel ist, dass die Schwarzmeerflotte dort bleibt.

Küpper: Aber Russland hat die Ukraine auch akzeptiert.

Wagenknecht: Ja! Das war ja auch mit einem langjährigen Pachtvertrag und das war zu einer Zeit, wo die Ukraine in ihrer Verfassung die Neutralität verankert hatte. Die Ukraine hatte damals sich verfassungsmäßig verpflichtet, sich keinem Militärbündnis anzuschließen. Erst nach dem Maidan ist das verändert worden. Seitdem fordert die Ukraine massiv eine NATO-Mitgliedschaft und die USA vor allem – Deutschland und Frankreich waren da ja viel zurückhaltender, aber die USA vor allem haben das forciert. Die NATO hat ja auch – sie hat sie zwar nicht aufgenommen, aber hat immer wieder betont, dass die Ukraine eine NATO-Mitgliedschaftsperspektive hat. Das gehört zur Vorgeschichte dieses Krieges!

Küpper: Die ganze Geschichte können wir jetzt leider nicht ausbreiten, denn die Nachrichten drängen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.